

Rede

von Herrn Abteilungsleiter Dr. Christof Eichert, MFKJKS

zum Thema:

Die Rolle von Land und Kommunen bei der Politik für Familien

anlässlich Sitzung der Arbeitsgemeinschaft für den Bezirk Arnsberg des nordrhein-westfälischen Städte- und Gemeindebundes

am 28. Oktober 2010 in Schwerte

Redezeit: ca.25 Minuten



Begrüßung

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Pierlings,
sehr geehrter Herr Regierungspräsident Bollermann
sehr geehrte Damen und Herren,

zunächst darf ich ganz herzlich für die Einladung hierher nach Schwerte danken. Ich freue mich, dass ich heute die Gelegenheit habe, die gute Kooperation mit dem Städte- und Gemeindebund fortzusetzen und Ihnen meine Überlegungen zu einem wichtigen Thema präsentieren zu können.

1. Familienpolitik als Produkt vieler Beteiligter

Für Kommunen einzustehen und den Bürgerinnen und Bürgern Zukunftschancen zu eröffnen, war schon immer eine große Aufgabe. Das weiß ich als ehemaliger Bürgermeister aus eigener Anschauung. Heute stehen die Kommunen angesichts der Auswirkungen des generellen Wandels vor ganz besonderen Herausforderungen. Zugleich bewegt sich der größere Teil der Kommunen bundesweit, überdurchschnittlich aber in Nordrhein-Westfalen in einem derart engen Finanzkorsett, dass Spielräume unmöglich erscheinen.

Wie steht es da mit dem Thema Familienpolitik, die neben einigen Pflichtaufgaben von einer besonderen Fülle freiwilliger Leistungen lebt? Worüber können wir ernsthaft sprechen? Nun, wer zukunftsfähig bleiben will, muss über Familienpolitik sprechen, der muss dafür sorgen, dass es den Familien gut geht. Familien sind überlebenswichtig für die Kommunen, eine gute Infrastruktur für Familien ist Standortpolitik.

Die meisten Bürgermeister haben das längst erkannt, wie auch die Bürgermeisterbefragung der Bertelsmann Stiftung aus dem Jahr 2008 ergeben hat. Danach steht das Thema Familie/Jugend/Kinder neben Wirtschaftsförderung/Jobs/Standortpolitik in der Wichtigkeit an erster Stelle. Das schlägt sich aber noch nicht immer im konkreten Verwaltungshandeln nieder, in dem, was ich als Good Governance

bezeichnen möchte, in der übergreifenden Kooperation, in der Verbindung mit allen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräften.

Die Produktion, besser gesagt die Gestaltung von Familienpolitik, das ist meine Überzeugung, ist nämlich weder alleine Aufgabe des Landes noch allein Aufgabe der Kommunen. Es ist ein Ergebnis vieler Beteiligter und ein permanenter Aushandlungsprozess über die jeweiligen Anteile an der Verwirklichung. Unter diesem Aspekt ist eine Debatte über Optionen und Herausforderungen besser zu führen und damit nicht sofort in der Falle der Haushaltsrestriktionen.

2. Landesinitiative "Familie kommt an. In Nordrhein-Westfalen"

Zu Beginn der letzten Legislaturperiode wurde diese Landesinitiative gestartet. Ein wesentlicher Baustein war dabei, den Kommunen bei ihrer Aufgabe einer aktuellen Familienpolitik Unterstützung zukommen zu lassen.

Wir haben ein Informations- und Qualifizierungszentrum für die kommunale Fachöffentlichkeit -IQZ- gegründet, das den Kommunen Information, Beratung und Qualifikation anbietet. Mit einer Werkstattreihe greift das IQZ konkrete Themen auf, die den Kommunen unter den Nägeln brennen. Ein Thema rückt dabei immer mehr in den Vordergrund: die Organisation von Beteiligung. Die gewünschte Einbindung von gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Akteuren muss auch "gekonnt" sein. Hier Hilfestellung anzubieten, wird zukünftig ein Schwerpunkt der Werkstattreihe sein. Viele Aufgaben lassen sich nicht mehr allein auf der Ebene der einzelnen Kommune lösen. Das liegt auf der Hand bei denjenigen Kommunen, die kein eigenes Jugendamt haben. Aber auch sonst empfehlen sich regionale Kooperationen, nicht nur, um voneinander zu lernen, sondern auch, um gemeinsame Lösungen zu finden.

Ich möchte ergänzen, dass das IQZ in diesem Jahr bereits den 6. Qualifizierungskurs zum kommunalen Familienmanager durchgeführt hat. Inzwischen wurden weit über 100 Fachleute ausgebildet. Aktiv in

nordrhein-westfälischen Kommunen sind derzeit 99 zertifizierte kommunale Familienmanager. Sicher sind auch Mitarbeiter bzw. Mitarbeiterinnen von Ihnen dabei.

Um einen weiteren Anreiz zu setzen, haben wir gemeinsam mit der Bertelsmann Stiftung und der berufundfamilie gGmbH das "Audit familiengerechte Kommune" entwickelt. Dabei handelt es sich um ein Instrument zur nachhaltigen strategischen Steuerung kommunaler Familienpolitik. Am 1. Juli 2010 haben wir den ersten Kommunen, die erfolgreich an der Test- und Pilotphase des "Audit familiengerechte Kommune" teilgenommen haben, die Zertifikate überreicht. Voraussichtlich um die Jahreswende beginnt dann der "Echtbetrieb", d.h. weitere Kommunen in Nordrhein-Westfalen können sich bewerben. Das Audit hat bereits bundesweit Beachtung gefunden und so war es auch von Anfang an geplant. Als weiteres Bundesland wird sich zunächst Baden-Württemberg am Audit beteiligen.

Ich habe es eingangs bereits erwähnt: Zu einer erfolgreichen Politik für Familien gehört die Verbindung mit allen relevanten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Kräften. Familienleben spielt sich auf so vielen Feldern ab, dass Politik und Verwaltung allein die Gestaltung weder leisten noch verantworten können. Das Gewinnen von Bündnispartnern, konzertierte Aktionen, Arbeitsteilung sind die Herausforderungen, die sich uns allen stellen. Auf Landesebene haben wir deshalb ein Aktionsbündnis mit 15 Bündnispartnern gebildet, zu dem neben den kommunalen Spitzenverbänden die Freie Wohlfahrtspflege, Vertretungen aus Wirtschaft und Handwerk, Familienorganisationen, Landessportbund, Gewerkschaften und die Servicestelle Lokale Bündnisse gehören.

Uns geht es hier nicht nur darum, gemeinsame Grundsatzpositionen zu finden - das haben wir 2008 mit einem Memorandum für familiengerechte Kommunen erreicht - , sondern in ausgewählten Handlungsfeldern auch etwas gemeinsam zu bewegen und zwar nicht nur in den eigenen Reihen der Mitglieder, sondern auch in der

Verankerung nach außen. Im letzten Jahr haben wir Empfehlungen zur Familienunterstützung durch haushaltsnahe Dienstleistungen herausgegeben, in diesem Jahr ist das Thema "Familie und Bildung" aufgegriffen worden.

3. Haupthandlungsfelder von Familienpolitik:

3.1. Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Ministerpräsidentin Kraft hat in ihrer Regierungserklärung im September den Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder unter drei Jahren zu einem Schwerpunkt der Politik der Landesregierung erklärt. In Nordrhein-Westfalen ist in den vergangenen Jahren im Bereich frühkindliche Bildung und Betreuung viel geschehen.

Unser Land ist auch mit der neuen Landesregierung auf einem guten Weg zu einem bedarfsgerechten Angebot bei der Betreuung der Kinder unter drei Jahren, aber eine gute Strecke liegt noch vor uns, die nur mit gemeinsamen Anstrengungen des Landes und der Kommunen gemeistert werden kann.

Gute Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf sind nicht nur ein Anliegen der Familien selbst, sondern auch eine große Chance für die Wirtschaftsstandorte. Die gerade erkennbare Überwindung der Wirtschafts- und Finanzkrise wird die langfristigen demografischen Trends nicht außer Kraft setzen, wie etwa den wachsenden Fachkräftemangel. Die Struktur des Arbeitsmarktes wird sich nachhaltig verändern. Mehr junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und mehr gut qualifizierte Frauen werden zukünftig Arbeit suchen und sind dann auf ein verlässliches Kinderbetreuungs-Angebot angewiesen.

Hinzu kommt auch das vergleichsweise neue Thema "Pflege von Angehörigen und Vereinbarkeit mit dem Beruf", das uns in Zukunft sehr beschäftigen wird. Im Rahmen des EU-Ziel-2-Programms des Landes Nordrhein-Westfalen fördern wir innovative Unternehmensprojekte und

planen die Einrichtung einer Unternehmensplattform für Nordrhein-Westfalen, um einen intensiven Erfahrungsaustausch zu ermöglichen.

3.2. Familienbildung

Ob und wie sich künftige Generationen für den Arbeitsmarkt qualifizieren, ist auch eine Frage der Bildungschancen. Die Chancengerechtigkeit ist nicht erst eine Frage der Bildungsinstitutionen, sondern beginnt schon im Elternhaus. Wir alle wissen aus aktuellen Studien, wie stark der Bildungserfolg von der Milieu-Zugehörigkeit der Familie abhängt. Dies gilt in besonderem Maße für Kinder und Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte. Die Diskussion, wie unser Bildungssystem auf strukturelle Ungleichheiten in der Herkunft der Kinder reagieren soll, ist ja in vollem Gange und konzentriert sich vor allem auf die Schulstrukturfrage.

Welchen Beitrag kann die Familienpolitik zur Verbesserung von Bildungschancen erbringen? Ein Schlüsselwort heißt meines Erachtens "Elternkompetenz". Es besteht ein großer gesellschaftlicher Bedarf darin, Eltern für die Bedürfnisse ihrer Kinder zu sensibilisieren und sie in ihrer Erziehungsrolle zu unterstützen. Dabei warne ich vor einer leisen Botschaft, die immer wieder zu erkennen ist: allzu leicht wird Eltern unterschwellig erklärt, man traue ihnen im Grunde nichts zu; sie müssten erst einmal viel lernen, um ihre Aufgaben auszufüllen.

Solche "Beschämungs"-Botschaften sind insbesondere gegenüber Menschen mit Zuwanderungs-Geschichte überhaupt nicht hilfreich und für eine gelingende Familienbildung kontraproduktiv. Die Eltern als Menschen anzunehmen, die bereits viele Kompetenzen haben und sie dabei zu unterstützen, neue hinzu zu gewinnen, ist eine Frage der inneren Haltung bei allen Bildungsformen.

Die Förderung der Familienbildung hat vor allem eine wichtige familien- und bildungspolitische Scharnierfunktion zwischen Elternhaus und institutioneller Bildung. Mit der Verankerung im Weiterbildungsgesetz ist dieser Bildungszweig klar definiert und gesellschaftspolitisch anerkannt.

Auch die finanzielle Förderung in Höhe von 14,7 Mio. Euro durch das Land ist per Gesetz geregelt und damit für die Einrichtungen verlässlich und berechenbar. Ich sage das in dem Wissen, dass sich die Träger eine höhere Kostendeckung durch die Landesförderung wünschen als die gegenwärtigen ca. 25 Prozent.

Gut aufgestellt ist die Familienbildung in Nordrhein-Westfalen aber nicht nur dank der gesetzlichen Absicherung, sondern auch, weil die Träger gut kooperieren und gemeinsam aktuelle Themen der Familienbildung bearbeiten. Wohlfahrtsverbände, Kirchen und die kommunale Familienbildung gestalten in einer gemeinsamen Steuerungsgruppe jährlich ein vom Land finanziertes Innovationsprojekt.

Zum Standardprogramm der Familienbildung gehören bereits die Elternkompetenzkurse, die einen wirksamen Beitrag zum präventiven Kinderschutz leisten. Zurzeit wird der über drei Jahre gemeinsam konzipierte Kurs "KitaStart" in die Fläche gebracht. Gleichzeitig wird schon am nächsten Projekt gearbeitet, es geht hierum den besseren Zugang der Familienbildung zu den Vätern. Außerdem gibt es eine Vielzahl an Projekten, die Eltern mit Zuwanderungsgeschichte dafür motivieren, sich sehr frühzeitig für die Bildung ihrer Kinder zu engagieren.

4.3 Familienberatung

Ein weiteres wesentliches familienpolitisches Feld ist die Familienberatung. Als Aufgabe der Kinder- und Jugendhilfe fällt die Bereitstellung von Familienberatung in den originären Aufgabenbereich der Kommunen. Das Land Nordrhein-Westfalen fördert insgesamt 266 Erziehungs-, Ehe-, Familien- und Lebensberatungsstellen. Die meisten - nämlich 76 - Beratungsstellen sind in Trägerschaft der Caritas, zweitgrößter Träger sind die Kommunen mit derzeit 68 Einrichtungen.

Durch unser Förderprogrammcontrolling liegen in diesem Feld aussagekräftige Daten über die Leistungsfähigkeit der Beratungslandschaft vor.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Familienberatung in Nordrhein-Westfalen arbeiten mit hoher Motivation und großem Engagement. So war es keine Frage, dass der Aufbau der Familienzentren von den Beratungsstellen von Anfang an unterstützt wurde. Mittlerweile gibt es 1.750 Familienzentren und der Landtag hat auf den steigenden Mittelbedarf der Kooperationspartner in der Familienberatung und auch der Familienbildung reagiert. In diesem Jahr werden insgesamt 4,5 Mio. Euro zusätzlich für diejenigen Familienberatungsstellen und Familienbildungsstätten bereit gestellt, die Kooperationsvereinbarungen mit Familienzentren geschlossen haben. Ich bin überzeugt, dass diese Mittel auch in der Zukunft eingesetzt werden.

Es ist gewiss auch auf die Präsenz der Familienberatung in den Familienzentren zurück zu führen, dass die Zahl der Beratungsfälle kontinuierlich steigt.

Über die Elternbesuchs-Programme und die Familienzentren werden jetzt mehr denn je Eltern kleiner Kinder erreicht. Und das ist gut so, denn Eltern, die für die Bedürfnisse ihrer Kindersensibilisiert sind, sind emotional verlässliche Eltern. Und deren Kinder haben gute Chancen, sich als selbstbewusste und selbstwirksame Persönlichkeiten zu entfalten.

4.4 Familiengerechte Infrastruktur

Wir können in Nordrhein-Westfalen auf eine gute kinder- und familienpolitische Infrastruktur zurückgreifen, die hilft, Kinder, deren Eltern und insbesondere Alleinerziehende im Alltag zu unterstützen. Hierzu zählen vor allem die Familienberatung, die Familienbildung, die Kindertageseinrichtungen und die offenen Ganztagschulen. Zwischenzeitlich macht das Projekt Familienzentrum Schule: So haben jetzt auch Hamburg, Brandenburg und Hessen (im Übrigen mit der Beratung von Nordrhein-Westfalen) begonnen, Familienzentren einzurichten. Wir sind allerdings bislang das einzige Land, das die

Familienzentren in erheblichem Umfang auf gesetzlicher Grundlage fördert.

Bezieht man die Tageseinrichtungen für Kinder mit ein, die im Verbund als Familienzentren zusammenwirken, haben wir bereits heute mehr als 2.800 dieser Einrichtungen. Es gibt nach meiner Einschätzung in NRW kein anderes so dezentrales und in der Fläche wirkendes Strukturelement der Familienpolitik wie die Familienzentren. Es ist ein klares Bekenntnis zur notwendigen Dezentralität von familiengerechten Angeboten.

Familienzentren sind bereits erste Knotenpunkte für soziale Vernetzung im Quartier. Es müssen aber noch weitere Möglichkeiten geschaffen und ausgebaut werden, damit sich alle Generationen begegnen können. Es gehört zu den wichtigsten Zukunftsfragen, wie die Generationen zukünftig miteinander auskommen werden und wie sich die Solidarität zwischen den Generationen entwickeln wird, wenn sich die Proportionen zwischen Alt und Jung verschieben. Hinzu kommt, dass sich die individuellen Lebensformen stark verändern und die Zahl derer, die ohne die "geborene" Solidarität einer Familie älter werden, stark ansteigt. Auch für diese Menschen sind helfende Schritte erforderlich, um eine zivilgesellschaftliche Solidarität in der Nachbarschaft zu "rekonstruieren", wo sie nicht mehr von sich aus existiert.

Wir müssen die Stadtquartiere als die prägenden Lebenswelten für künftige Generationen besser in den Blick nehmen. Das kann nur mit integrierten Ansätzen gelingen, bei denen alle Ressourcen gebündelt werden. Überhaupt ist der Blick auf das Quartier, das Dorf oder das "Veedel" ein zentraler Ansatz auch in der Familienpolitik. Ich bin sicher, dass eine solche Erkenntnis für einen Kommunalpolitiker selbstverständlich ist.

Für die Landespolitik ist es allerdings ein neuer und wegen der damit verbundenen Querschnittsfunktion herausfordernder Ansatz. Die

Wahrnehmung, dass der kleine Lebenskreis jedes Menschen sein prägendes Umfeld ist und der wichtigste Raum für ihn, wird mehr und mehr zum Politik bestimmenden Ansatz.

4.6 Familienunterstützung durch haushaltsnahe Dienstleistungen

Viele ältere Menschen und immer mehr Familien sind auf haushaltsnahe Dienstleistungen angewiesen. Das Aktionsbündnis für familiengerechte Kommunen hat hierzu Empfehlungen herausgegeben, die auf Transparenz, Qualität und einen angemessenen Preis abzielen. Zugleich wird eine lokale Koordinierung der Angebote angeregt. Zur Qualitätssicherung wird auf die Mindestanforderungen an „Haushaltsnahe Dienstleistungen für Familien und ältere Menschen in Nordrhein-Westfalen“ verwiesen, die von der Verbraucherzentrale NRW und unserem Haus in Zusammenarbeit mit Älteren, Familien, Dienstleistern und unterschiedlichen Verbänden erarbeitet wurden. Die Verbraucherzentrale erstellt gegenwärtig mit Unterstützung unseres Hauses eine Landkarte mit den Dienstleistern der Datenbank.

Das Thema Familienunterstützung durch haushaltsnahe Dienstleistungen ist ein sehr rasch auf uns alle zukommendes Thema und wird deshalb wird in Informationsveranstaltungen und regionalen Workshops weiter bearbeitet. In Vorbereitung ist u.a. eine Handreichung zum Thema haushaltsnahe Dienstleistungen für Familien mit Beispielen guter Praxis und Tipps. Dabei ist die gesellschaftliche Realität mit einer weit verbreiteten Unterstützung in Haushalt und privater Pflege durch Dienstleister in Schwarzarbeit eine ganz besondere Herausforderung für die heute bestehenden Regelwerke. Diese evidente Kluft zwischen Theorie und Praxis zu schließen, muss angesichts des gesellschaftlichen Bedarfs und der tatsächlichen Inanspruchnahme von haushaltsnaher Dienstleistung ein wichtiges Anliegen sein.

5. Schluss

Neben diesem Überblick zu einzelnen Feldern der Familienpolitik sollte auch deutlich werden, dass wir neben allen wichtigen Teilbeiträgen ohne grundsätzliche Überlegungen die vielfältigen Herausforderungen nicht bewältigen können. Die Frage nach gemeinsamen Überzeugungen und Haltungen, aber auch wechselseitigen Erwartungen und Rollen ist gestellt und muss beantwortet werden.

Dazu gehört für mich vor allem auch wahrzunehmen, wer die Partner einer Politik für Familien in diesem Land sind. Das Land selber ist nach meiner Überzeugung wichtiger Akteur, aber doch nur Co-Produzent aller Angebote, die vor Ort die Familien erreichen müssen. Ich bin dankbar, dass auch die neue Landesregierung an dieser Grundüberzeugung festhält, sie sogar noch bestärkt, indem sie den Kommunen größere finanzielle Spielräume eröffnen will.

Peter Ustinov hat einmal gesagt: "Es ist von grundlegender Bedeutung, jedes Jahr mehr zu lernen als im Jahr zuvor." Nicht nur die Familien brauchen Bildung für ein langes Leben. Auch wir, die in der Verantwortung für die Daseinsvorsorge stehen, müssen uns immer weiter qualifizieren.

Ich wünsche Ihnen für heute eine erfolgreiche Zusammenkunft und uns allen einen bereichernden Austausch!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!